



VOLKSABSTIMMUNG VOM 19. MAI ÜBER DIE KANTONALE UMSETZUNG DER STAF

Kanton Solothurn macht's vor!

DAS NEIN DER SOLOTHURNER STIMMBEVÖLKERUNG ZUR KANTONALEN UMSETZUNG DER UNTERNEHMENSSTEUERREFORM FREUT DIE SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI SEHR. ETWAS MEHR ALS 2000 STIMMEN HABEN LETZTENDLICH DEN UNTERSCHIED AUSGEMACHT. DIE 51-PROZENT-MEHRHEIT IST WICHTIG FÜR SOLOTHURN, ABER AUCH EIN SIGNAL WEIT DARÜBER HINAUS.

Den Komitees finanzloch.ch und steuervorlagesonicht.ch, in denen auch zahlreiche Gemeindevertreter*innen sassen, ist ein Coup gelungen. Obwohl sie über massiv weniger finanzielle Mittel verfügten als die Befürworter, gelang es ihnen, diese ungerechte Vorlage mit guten Argumenten zu Fall zu bringen. Dieser Volksentscheid ist ein Erfolg für die SP und ihre Partner und hat auch national grosse Signalwirkung. Die Kantone sind angehalten, bei der Privilegierung von juristischen Personen Mass zu halten – SO MACHTS VOR!

Das Solothurner Stimmvolk hat gezeigt, dass es überrissene und unberechenbare Steuersenkungen für juristische Personen nicht hinnimmt. Das Nein ist ein deutlicher Fingerzeig, dass tiefere Gewinnsteuern für Firmen bloss dann eine Chance haben, wenn sie massiv ausgestaltet und sozial so abgefedert sind, dass erstens wirklich für alle etwas übrigbleibt und zweitens Kanton und Gemeinden dabei nicht ausgehungert wer-

Niklaus Wepfer,
Parteisekretär



den. Wenn übertrieben wird, nützt selbst ein 15-mal höheres Abstimmungsbudget nichts. Nach dem USR III-Debakel und dem erneuten Nein der Solothurnerinnen und Solothurner zu einer völlig überrissenen Tiefsteuerstrategie von Regierungs- und Kantonsrat stellt die SP folgende Forderungen:

1. Gegenüber der ersten Vorlage müssen die Steuerausfälle halbiert werden.
2. Die tiefen und mittleren Einkommen müssen substanzieller entlastet werden.
3. Es braucht eine deutliche Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

4. Die Gemeinden müssen so weit wie möglich schadlos gehalten werden.

Die SP bietet weiterhin Hand für massvolle Steuersenkungen bei den juristischen Personen. Der Regierungs- und Kantonsrat sind nun gehalten, eine faire und breit abgestützte Vorlage ohne einseitige Bevorzugung und mit spürbaren sozialen Kompensationen vorzuschlagen.

Die SP Kanton Solothurn bedankt sich bei allen, die in irgendeiner Form dazu beigetragen haben, diese Vorlage zu bekämpfen. Sei dies finanziell mit einer Spende, mit einem Leserbrief, Flyer verteilen, der Teilnahme an Podiumsdiskussionen oder im direkten Gespräch.

Das Nein ist ein deutlicher Fingerzeig.

Aus dem Kantonsrat



Angela Kummer,
Kantonsrätin,
Grenchen
angela.kummer@
gmx.ch

Nur die SP für mehr Transparenz

Der Auftrag der Fraktion SP/junge SP, der mehr Transparenz in der kantonalen und kommunalen Politik forderte, wurde leider hochkant abgelehnt. Laut dem Steueramt des Kantons Solothurn wurden im Jahr 2015 Parteispenden im Wert von über 1,3 Millionen Franken von den Steuern abgezogen. Ein stolzer Betrag. Wie Nadine Vögeli (SP, Hägendorf) ausführte, ist dieser Betrag in den letzten Jahren sicher nicht kleiner geworden, wie es auch die allerletzte Abstimmung wiederum zeigte. Wir wollen nicht verhindern, dass Private oder auch Firmen und Organisationen Geld an Parteien und Abstimmungskampagnen spenden. Wir selbst sind auch darauf angewiesen. Es entspricht aber unserem Verständnis von Demokratie und Transparenz, dass die Stimmbürger*innen wissen, wer sich im grossen Stil an der Finanzierung beteiligt.

Andere Kantone machen es vor

Unser Auftrag forderte eine kantonale und kommunale Umsetzung der offenen Parteienfinanzierung, unabhängig von einer nationalen Lösung. Einige Kantone haben ähnliche Vorstösse bereits angenommen oder sind dabei, sie umzusetzen. In den Kantonen Schwyz und Freiburg hat die JuSo ihre Initiativen dank dem Volksmehr ins Trockene gebracht. Auch in den Kantonen Tessin, Neuenburg und Genf gibt es bereits Offenlegungsvorschriften für Politspenden. Dass die Regierung keinen einzigen Vorschlag für mehr Transparenz macht, enttäuscht uns sehr. Dabei würde zum Beispiel bereits die Offenlegungspflicht für Parteirechnungen und Kampagnenbudgets schon sehr viel beitragen, die Transparenz zu erhöhen. Wer behauptet, dass ihn grosse Spenden und Zuwendungen nicht beeinflussen, ist entweder ein Heiliger oder naiv. Aus diesem Grund ist es aus unserer Sicht zwingend, dass Grossspenden offengelegt werden und Wahl- und Abstimmungskampf-Budgets transparent sind. Nur so kann sich die Bevölkerung ein richtiges Bild machen und kann man wirklich von Demokratie sprechen.

SP steht hinter dem Finanz- und Lastenausgleich

Der erste und externe Wirksamkeitsbericht zum Finanz- und Lastenausgleich der Einwohnergemeinden fällt positiv aus: Erstens gibt es keine Fehlanreize. Zweitens ist die Struktur des Finanzausgleichs zielführend und transparent. Zudem werden durch die Ausgleichsinstrumente und deren Ausgestaltung die Ziele erreicht. Grundsätzlich kommt die externe Beurteilung zum Schluss, dass zum jetzigen Zeitpunkt keine Änderungen nötig und sinnvoll sind. Die SP nimmt gemäss Simon Bürki (SP, Biberist) diese positive Beurteilung erfreut zur Kenntnis und stellt fest, dass sich die Bandbreite der Steuerfüsse der Einwohnergemeinden etwas reduziert hat.

Steuerspanne soll sinken

Trotzdem: Mit 75 Prozent befindet sich der Kanton Solothurn noch immer im oberen Drittel der Kantone mit den grössten Steuerspannen. Der Finanz- und Lastenausgleich macht im Vergleich zu den Steuereinnahmen (knapp 900 Mio. CHF pro Jahr) jedoch deutlich unter 10 Prozent aus und ist somit nicht als Hemmnis in Bezug auf die Finanzautonomie der Gemeinden zu bewerten. Aber für die SP/junge SP ist auch eine Differenz von 75 Steuerfusspunkten noch immer zu hoch.

Daher erwarten wir Vorschläge, wie es zu machen wäre, dass der Kanton Solothurn ins Mittelfeld der Kantone kommt.

SP für die Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte

Die Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte (GpR) wurde angenommen. Laut Angela Kummer (SP, Grenchen) begrüsst die SP/junge SP die Gesetzesänderungen bei zweiten Wahlgängen bei kommunalen Wah-

len. Die sogenannten «Sündenfälle», die bei den letzten Wahlen vorgekommen sind, können so in Zukunft vermieden werden. Die beiden überwiesenen Aufträge u. a. von Hardy Jäggi (SP, Rechterswil) werden mit der Gesetzesänderung erfüllt. Heutzutage ist die neu geschaffene Möglichkeit für Nachnominierungen von Ersatzgemeinderäten sinnvoll. Es ist rasch mal möglich, dass gewählte Ersatzmitglieder wegziehen oder aus anderen – familiären oder beruflichen Gründen – während der Legislatur zurücktreten müssen und daher plötzlich keine Ersatzmitglieder mehr vorhanden sind. Der Ratsbetrieb muss jedoch weiterlaufen und darum ist die Möglichkeit zu Nachnominierungen sinnvoll.

SP will Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern

Marianne Wyss (SP, Trimbach) hat in ihrer Interpellation gefragt, was der Kanton unternimmt, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern, insbesondere wenn Kinder und Jugendliche im Schulalter da sind. Kitaplätze in der Schweiz kosten zweibis dreimal so viel wie in unseren Nachbarländern. Die öffentliche Hand beteiligt sich dort deutlich stärker an den Betreuungskosten. Die heutige Lage hat diverse negative Konsequenzen für unser Land. Die hohen Kosten führen zu fehlenden oder gar negativen Erwerbsanreizen. Wenn die Kosten für die Betreuung eines oder mehrerer Kinder dem Einkommen eines Elternteils entsprechen oder dieses gar übersteigen, ergibt es keinen Sinn, weiter einem Erwerb nachzugehen. Dies verschärft nicht nur den Fachkräftemangel, sondern erschwert auch die Bekämpfung von Familienarmut.

SP begrüsst neue Finanzierungshilfen des Bundes

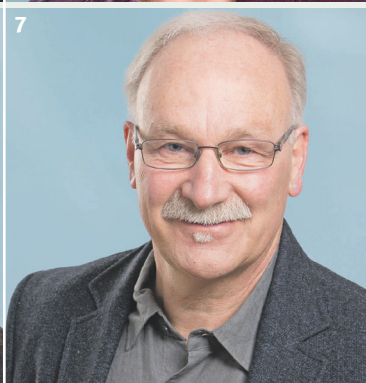
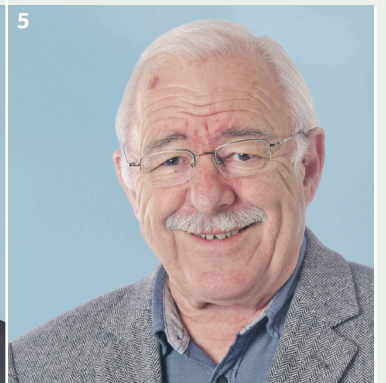
Der Bund hat auf diesen Missstand reagiert und zwei neue Finanzhilfen für die familienergänzende Kinderbetreuung verabschiedet. Die Senkung der Drittbetreuungskosten kann einerseits über (höhere) finanzielle Beiträge direkt an die Eltern erfolgen (Subjektfinanzierung z. B. mittels Betreuungsgutscheinen). Andererseits können auch höhere finanzielle Beiträge an die Einrichtungen für die familienergänzende Kinderbetreuung (Kindertagesstätten, Einrichtungen für die schulergänzende Betreuung, Tagesfamilien) ausgerichtet werden (Objektfinanzierung). Die Gesuchseingabe muss über den Kanton laufen. Nun müssen aber auch die Gemeinden aktiv mitziehen und in familienergänzende Massnahmen investieren.

Nur so kann sich die Bevölkerung ein richtiges Bild machen und kann man wirklich von Demokratie sprechen.

Wettbewerb

Finde Namen und Wohnort aller Kandidierenden heraus und ordne sie den Nummern zu.
Deine Lösung bis 16. August per Mail an niklaus.wepfer@sp-so.ch

Teilnahmeberechtigt sind alle Abonnenten dieser Zeitung, mit Ausnahme aller Kandidierenden für den National- und Ständerat, der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sekretariats und der Mitglieder des Wahlausschusses. Alle richtigen Antworten kommen in die Verlosung. Die Gewinnerin oder der Gewinner eines Nachsessens für zwei Personen wird persönlich benachrichtigt.



IM ZEICHEN DER (RICHTUNGS-) WAHLEN VOM 20. OKTOBER 2019

Vom 20. bis 29. September 2019 findet die Herbstmesse «HESO» in Solothurn und vom 20. bis 23. September 2019 die Messe in Olten «MIO» statt. Nach erfolgreichen Teilnahmen ist die SP zum vierten Mal mit einem Stand an der HESO dabei. Und in Olten hat die Teilnahme der SP an der «MIO» grosse Tradition. Die Vorbereitungen dazu laufen und wir sind bestrebt, die SP den Besucherinnen und Besuchern so zu präsentieren, wie sie ist: solidarisch, gerecht und frei! Damit sich unsere Partei während allen Messetagen kompetent präsentieren kann, brauchen wir dich. Solltest du bereit sein, deine Partei an der HESO und/oder an der MIO zu unterstützen, interessierten Menschen Red und Antwort zu stehen, Unterschriften zu sammeln, neue Mitglieder zu werben – kurz: einfach einige Stunden mit weiteren Personen unseren und deinen Stand betreuen wollen, dann melde dich bitte per Mail, Post (Talon) oder Telefon. Vielen Dank!

Ich bin bereit am SP-Stand an der HESO und/oder MIO mitzuhelfen.
Datum und Zeit (es dürfen auch mehrere Tage angegeben werden)

Name

Vorname

Ort

Telefon

E-Mail

So rasch wie möglich einsenden an: SP Kanton Solothurn, Postfach 835, 4502 Solothurn, 032 622 07 77, niklaus.wepfer@sp-so.ch



AKTUELL AUS BERN IN DER AMTEI THAL-GÄU

Kürzlich orientierten die Solothurner SP-Mitglieder der Bundesversammlung im Hotel Arcadia in Oensingen über aktuelle Geschäfte aus dem Bundeshaus. Nationalrätin **Bea Heim** erwähnte die jungen Leute, die jeden Morgen mit Klima-Plakaten die VolksvertreterInnen wachrütteln. Als persönlichen Höhepunkt bezeichnete die Gesundheitspoliti-

kerin die endlich angenommene Qualitätsstrategie im schweizerischen Gesundheitswesen. Dies werde zu weniger unnötigen Eingriffen, Diagnose- und Behandlungsfehlern und damit zur Dämpfung der Kosten führen. Nationalrat **Philipp Hadorn** freute sich als Mitglied der Verkehrskommission über die vom Rat beschlossenen 12,9 Milliarden Franken für den Bahnausbau. Als Finanzpolitiker möchte er wegen der jährlichen Milliardenüberschüsse des Bundes weniger Sparpakete schnüren und einen Umweltfonds äufnen. Ständerat **Roberto Zanetti** referierte über die Zustimmung des Ständerats zur Umwandlung der Inhaberaktien in Namenaktien. Er hofft, dass auch der Nationalrat der Abschaffung dieses undurchsichtigen Konstrukts zustimmen wird. Zanetti glaubt an ein langsames Umdenken der Leute bei der Sozial- und Umweltpolitik. Er ist überzeugt, dass die SP mit kleinen Schritten und den manchmal nötigen Kompromissen weiter Terrain gutmachen wird.

Nach Fragen und Diskussionsbeiträgen aus dem Publikum dankte Amtei-Präsident **Fabian Müller** Bea Heim mit einem Blumenstrauss. Roberto Zanetti und Philipp Hadorn erhielten zum Dank Naturprodukte aus dem Naturpark, auch zur Stärkung für die kommenden Wahlen.

Fritz Dietiker

«Stimmts für beide Seiten»

Mein Einsatz gilt einem starken Bildungssystem, worin leistungsschwächere wie auch leistungsstärkere Menschen die bestmögliche Förderung erhalten. Dies war das Hauptanliegen bei meiner Kandidatur für die Kantonsratswahlen 2017 und so wird es auch für meine Kandidatur als Nationalrätin sein. Aber wo beginnt unser Bildungssystem und wo hört es auf? Vor ein paar Jahren habe ich für das Projekt schrittweise als Hausbesucherin gearbeitet. Dies ist ein Spiel- und Lernprogramm für Familien mit kleinen Kindern. In den Hausbesuchen werden den Eltern die Elternkompetenzen nähergebracht und sie lernen im Spiel mit ihrem Kind dessen Bedürfnisse zu erkennen und auf sie einzugehen. Viele Familien habe ich in dieser Zeit kennen gelernt und erlebt, wie sehr sie an diesem Angebot gewachsen sind. Eine Begegnung mit einer Mutter werde ich nie vergessen, so sehr hat sie mich betroffen ge-

macht. Die Mutter kam durch Heirat vor ein paar Jahren in die Schweiz. Die Verständigung mit ihr war anfangs schwierig, doch mit den regelmässigen Besuchen, dem Spiel mit den Kindern und dem daraus entstandenen Vertrauen konnten wir uns von Mal zu Mal besser verständigen.

Bei einem dieser Besuche hat sie mir dann auch anvertraut, dass sie weder lesen noch schreiben könne, oft wütend, entmutigt und traurig sei und zum Beispiel selbst keinen Arzttermin vereinbaren und somit auch wahrnehmen könne.

Wie soll diese Frau je richtig Deutsch lernen, wenn sie noch nicht mal in ihrer Muttersprache lesen und schreiben kann? Wie sich in unserer Gesellschaft integrieren und die Rechte kennen, die sie als Frau in unserem Land hat? Wie vieles wird für sie unentdeckt bleiben, was das Leben zu bieten hat? Wieso bekommt sie von ihrem Mann nicht die nötige Unterstützung, obwohl er hier

MEIN STANDPUNKT

Nicole Wyss
nicole@ggs.ch

zur Schule gegangen ist? Einige von vielen Fragen, auf die ich keine Antworten bekommen habe. Mit meinen Hausbesuchen konnte ich ihr ein wenig Bildung nach Hause bringen und ihr in gewissen Fragen auch ausserhalb meiner Tätigkeit helfen. Was hat das mit Bildung zu tun? schrittweise war als Pilotprojekt im Kanton Solothurn gestartet und sollte vor allem bildungsschwächere Familien unterstützen. Mittlerweile liegt die Hauptfinanzierung bei den Gemeinden und ist daher vielerorts den Sparmassnahmen zum Opfer gefallen! Ein Stück Bildung die wegfällt. Jeder Mensch hat ein Recht auf Bildung, daher brauchen wir ein starkes, fundiertes und breitgefächertes Bildungssystem. Dies beginnt und endet nicht mit der obligatorischen Schulzeit. Mein Engagement gilt einem starken Bildungssystem – dafür werde ich mich weiterhin intensiv einsetzen.

